

Bündnis 90/Die Grünen

26. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

1.-3. Dezember 2006, Kölnmesse, Köln-Deutz

Sprungbrett statt Sackgasse: Grüne Perspektiven für die Generation Praktikum

Bündnis 90/Die Grünen beobachten die Entstehung einer Generation Praktikum mit Sorge. Der zunehmende Einsatz insbesondere von Hochschulabsolventinnen und -absolventen in gering oder gar nicht entlohnten Praktika ist sowohl für die Betroffenen als auch für die Gesellschaft mit großen Nachteilen verbunden.

Wir sagen: Praktikum ja, aber eingebunden ins Studium! Wir wollen, dass ein Praktikum nach einer abgeschlossenen Erstausbildung eine selbständige individuelle Entscheidung zur Berufsorientierung bleibt und damit zeitlich befristet ist. Wer als Arbeitgeber die Schwierigkeiten beim Berufseinstieg von Hochschulabsolventinnen und -absolventen ausnutzt, handelt verantwortungslos und unfair. Den unbezahlten Halbjahres- oder Jahrespraktikanten darf es nicht geben. Andernfalls drohen reguläre Beschäftigungsverhältnisse durch Praktika ersetzt zu werden.

Wir wenden uns gegen Ausbeutung in Praktika. Sich durch monatelanges unbezahltes „Probearbeiten“ in Praktika eine vage Chance auf eine bezahlte Beschäftigung erst erarbeiten zu müssen, wollen wir nicht hinnehmen. Um neue Perspektiven für die Generation Praktikum zu schaffen, schlagen wir mehrere Lösungsschritte und Mindeststandards für faire Praktika vor. Die Problematik der Generation Praktikum erfordert Anstrengungen von allen Seiten: vor allem von Hochschulen, Arbeitgebern, Gewerkschaften, Arbeitsagenturen, Studierenden. Deswegen setzen wir uns auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen dafür ein, dass der folgende Zehn-Punkte-Plan umgesetzt wird. Wir wollen:

1. Bessere Information über die Rechte von Praktikantinnen und Praktikanten. Sie haben Anspruch auf Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, einen Praktikumsvertrag und ein qualifiziertes Zeugnis. Diese Rechte sind Praktikantinnen und Praktikanten oft nicht bekannt und werden deshalb häufig nur unzureichend eingefordert.
2. Praktika im Studium ermöglichen und stärken. Dazu muss in allen Studienordnungen mindestens ein studienbegleitendes Praktikum verankert werden und die Studienorganisation Rücksicht auf vor allem facheinschlägige Praktika nehmen. Dies stärkt den Praxisbezug der wissenschaftlichen Ausbildung entlang definierter Studienziele.
3. Bachelor-Studiengänge durch integrierte Praktika noch praxisnäher

gestalten. Weil die gestuften Studiengänge als Vollzeit-Studium gestaltet sind, bleibt oftmals kaum Zeit für Jobs und Praktika „nebenher“. Deshalb müssen gerade hier Praktika fest ins Studium integriert sein. Ein im Studium vorgeschriebenes Praktikum muss durch entsprechende Credit Points anerkannt und auf diese Weise aufgewertet werden. Praktika sind allerdings kein Allheilmittel, um verkrustete Studienstrukturen aufzubrechen.

4. Hochschulen, die gute und unabhängige Praktikumsberatung und -vermittlung durchführen. Universitäten und Fachhochschulen müssen Strukturen schaffen, die in enger Vernetzung mit Arbeitgebern über Praktikastellen informieren und diese vermitteln. Diese Vermittlung darf jedoch nicht der Versorgung einzelner Unternehmen mit gering- oder unbezahlten, hochqualifizierten Kräften dienen.
5. Die Hochschulteams der örtlichen Agenturen für Arbeit weiter stärken. Als zielgruppengerechte Stellen- und Informationsbörsen für Akademiker an Hochschulstandorten helfen sie mit ihren Beratungsangeboten, die Zeitspanne zwischen Abschluss und Berufseinstieg zu verkürzen und die Beschäftigungsfähigkeit von Studierenden weiter zu verbessern.
6. Praktika, die ausschließlich der Ausbildung und Qualifizierung dienen. Eine grundsätzliche Begrenzung der Dauer von Praktika innerhalb und im Anschluss an ein Studium auf maximal 4 Monate ist in den meisten Fällen völlig ausreichend. Ausnahmen von dieser Regel gelten vor allem dort, wo Studienordnungen für komplexe Lernerfahrungen längere studienbegleitende oder vor- bzw. nachgelagerte Praktika vorsehen. In allen anderen Fällen besteht bei einer längeren Praktikadauer die Gefahr, dass reguläre Vollzeitstellen durch Praktika substituiert werden. Eine zeitliche Begrenzung der Praktikumsdauer ist über eine Selbstverpflichtung der Tarifpartner zu realisieren.
7. Aufwandsentschädigungen statt Mindestlohn für Praktikanten. Die Ausdehnung eines geplanten gesetzlichen Mindestlohns auf Praktikantinnen und Praktikanten mit oder ohne Hochschulabschluss sehen wir kritisch. Mit einem Mindestlohn würden Praktika überreguliert und das eigentliche Problem in Form eines Niedriglohnsektors für Akademikerinnen und Akademiker zementiert. Wir schlagen stattdessen vor, eine Aufwandsentschädigung zur Pflicht zu machen. Wir fordern die Tarifpartner auf, adäquate Regelungen zu vereinbaren.
8. Ein unabhängiges Qualitätszertifikat „Faires Praktikum“ einrichten. Dieses Gütesiegel zeichnet faire Praktikastellen anhand von standardisierten Mindestkriterien aus. Es wird von den Tarifpartnern, den Industrie- und Handelskammern oder einer anderen unabhängigen Einrichtung verliehen. Die Einhaltung der Qualitätskriterien durch die Unternehmen muss überprüfbar sein.
9. Einrichtungen, die sich auf eine Selbstverpflichtung verständigen. Öffentliche Unternehmen, die aus Steuergeldern finanziert werden, sowie Einrichtungen der öffentlichen Hand müssen eine Vorbildfunktion

einnehmen und faire Bedingungen für Praktikantinnen und Praktikanten gewährleisten. Grüne Fraktionen und Parteigliederungen sollen dabei auf allen Ebenen mit gutem Beispiel voran gehen.

10. Die berufliche Entwicklung von Hochschulabsolventinnen und -absolventen in die kontinuierliche empirische Arbeitsmarktforschung aufnehmen. Für fundiertes Datenmaterial in punkto Prekarisierung und Generation Praktikum benötigen wir regelmäßige Kurz- und Langzeitstudien.

Junge Menschen absolvieren Praktika auch im Übergang von der Schule zur Ausbildung oder zum Studium. Auch hier müssen wir die Chancen auf Ausbildungs- und Berufsperspektiven verbessern und Ausnutzungstendenzen entgegen wirken. Gleichwohl können Praktika Jugendlichen die Chance eröffnen, auch solche Kompetenzen einzubringen und zu stärken, die im Schulalltag kaum eine Rolle spielen. Es ist unser Ziel, dass alle jungen Menschen statt endloser Warteschleifen einen gelungenen Einstieg in die Arbeitswelt finden.